56. Wirksamkeit des Strafantrages, wenn derselbe unter Bedingungen, Vorbehalten oder Beschränkungen nur gegen eine oder mehrere an der Handlung beteiligte Personen gestellt wird.
St.G.B. §§. 61. 63. 64 Abs. 2.

III. Straffenat. Ur. v. 1. April 1882 g. L. Rep. 212/82.

I. Landgericht Magdeburg.

Aus den Gründen:

Durch Urteil des Landgerichtes vom 25. April 1881, welches

am 29. Juni d. J. die Rechtskraft erlangt hat, ist die Ehe der Th.'schen Eheleute wegen Ehebruches der angeklagten Ehefrau, welchen sie mit dem Mitangeklagten N. begangen hat, getrennt, und es ist die gedachte Angeklagte für den allein schuldigen Teil erklärt.

Der Ehemann Th. hat rechtzeitig die Bestrafung des Mitangeklagten N. wegen Ehebruches bei der zuständigen Staatsanwaltschaft beantragt unter Hinzufügung der Erklärung, „daß er die Bestrafung seiner Ehefrau nicht beantrage“.

Beide Angeklagte sind, und zwar was die Angeklagte betrifft, unter Hinweis auf die im §. 63 St.G.B.'s vorgeschriebene Unteilbarkeit des Strafantrages, wegen Ehebruches bestraft, und die von der Angeklagten eingelegte Revision erscheint nicht begründet.

Nach §. 63 St.G.B.'s kann der Antrag — §. 61 a. a. D. — nicht geteilt werden. Das gerichtliche Verfahren findet gegen sämtliche an der Handlung Beteiligte statt, auch wenn nur gegen eine dieser Personen auf Bestrafung angetragen ist. Danach unterliegt es zunächst keinem Zweifel, daß — falls der von dem Ehemanne der Angeklagten gestellte Strafantrag überhaupt als ein dem Gesetze entsprechender, wirksamer Strafantrag zu erachten ist — von einer nur gegen den Mitangeklagten zu richtenden Verfolgung nicht die Rede sein, und daß die von dem Antragsteller seinem Antrage hinzugefügte Beschränkung, nach welcher er die Bestrafung seiner Ehefrau nicht beantragt, unter obiger Voraussetzung nicht dahin führen kann, die letztere und nur diese von der Verfolgung auszuschließen.

Es kann sich also nur fragen, ob der Inhalt des von dem Ehemanne der Angeklagten gestellten Antrages, und zwar insbesondere mit Rücksicht auf die mehrgedachte demselben in betreff der Angeklagten hinzugefügte Erklärung, der Wirksamkeit desselben als Strafantrag entgegensteht, und ob mithin, weil jene Erklärung abgegeben ist, ein gesetzlicher Strafantrag überhaupt nicht vorliegt.

Es muß indessen dem Instanzrichter, welcher diese Frage verneint hat, beigetreten werden.

Indem §. 63 a. a. D. die Teilung des Strafantrages verbietet, geht die Vorschrift grundsätzlich davon aus, daß, falls einmal die strafbare Handlung mit dem Antrage, sie zum Gegenstande der Strafverfolgung zu machen, dem Gerichte manifestiert ist, letztere nunmehr in demjenigen Umfange, wie das Gesetz verordnet, also gegen alle

Beteiligte stattzufinden habe; dem Antragsberechtigten steht nur die Bejugnis zu, die Verfolgung der strafbaren That dadurch, daß er dieselbe nicht verlangt, zu verhindern; hat er den Strafantrag gestellt, so hängt es nicht von ihm ab, eine weitere Einwirkung auf die Strafverfolgung zu üben, den Umfang derselben zu bestimmen. Der §. 63 a. a. O. spricht diese Konsequenz des Grundsatzes der Unteilbarkeit des Strafantrages ausdrücklich aus, indem imperativ verordnet wird, daß das gerichtliche Verfahren gegen sämtliche an der Handlung Beteiligte stattfinde, auch wenn nur gegen eine dieser Personen auf Bestrafung angetragen ist.

Das Gesetz erklärt also die Teilung des Antrages, mithin die Beschränkung der Verfolgung auf einzelne Beteiligte für unzulässig, ohne damit zugleich für den Fall, daß der Inhalt des Antrages der Vorschrift des §. 63 a. a. O. in der gedachten Richtung nicht entspricht, den Antrag selbst für unwirksam, die beantragte Strafverfolgung für nicht zulässig zu erklären.

Dem im Gesetze besonders gedachten Falle, in welchem nur gegen einen der Beteiligten auf Bestrafung angetragen ist, steht grundsätzlich der andere Fall völlig gleich, in welchem ausgesprochen ist, daß die Bestrafung eines Beteiligten nicht beantragt werde.

Der Grundsatz der Unteilbarkeit und damit die Richtigkeit der aus demselben hergeleiteten Konsequenzen findet auch in der Vorschrift des §. 64 Abs. 2 a. a. O., wonach die rechtzeitige Zurücknahme des Antrages gegen einen der Beteiligten die Einstellung des Verfahrens auch gegen die anderen zur Folge hat, gleichviel also, ob bei Zurücknahme des Antrages gegen einen der Beteiligten der Strafantrag gegen einen anderen ausdrücklich aufrecht erhalten wird, Anerkennung und Bestätigung.

Im übrigen kommt für die Auslegung des im vorliegenden Falle von dem verletzten Themanne der Angeklagten gestellten Antrages auf Strafverfolgung noch folgendes in Betracht:

Allerdings ist es nach §. 61 St.G.B.'s die strafbare Handlung, deren Verfolgung zum Gegenstande des Antrages gemacht werden soll. Der Strafantrag muß also den Willen des Antragsberechtigten erkennen lassen, die Verfolgung der strafbaren That nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen herbeizuführen. Andererseits wird aber aus dem Umstande allein, daß der Antragsberechtigte nicht ausdrücklich die

Berfolgung der Handlung, sondern diejenige des Thäters, oder eines bestimmten Thäters oder Teilnehmers wegen der Begehung der That oder Beteiligung an derselben — insofern diese seinem Interesse und dem Zwecke des Antrages von dem subjektiven Standpunkte des Verletzten aus am nächsten liegt — beantragt hat, keineswegs — wie die Revision vermeint — ohne weiteres geschlossen werden können, daß die Absicht des Antragstellers nicht auf Berfolgung der strafbaren Handlung in dem durch das Gesetz gebotenen Umfange gegangen sei.

Vielmehr läßt sich nur dann an dem die Strafverfolgung bedingenden Willen des Antragstellers zweifeln, wenn dem Antrage Bedingungen, Vorbehalte oder Beschränkungen hinzugefügt werden, welche erkennen lassen, daß der Antragsteller, falls ihnen nicht entsprochen werden sollte, die Herbeiführung der Berfolgung überhaupt nicht beabsichtigte.

Ein solcher Fall liegt nicht vor. Der Inhalt des Antrages ergibt nicht, daß der Antragberechtigte die Absicht der Strafverfolgung von der Nichtbestrafung seiner Ehefrau hat abhängig machen wollen. Vielmehr ist — wie der Wortlaut des Antrages ergibt — die Bestrafung des Mitangeklagten N. unbedingt beantragt. Unabhängig von diesem Antrage erscheint die Erklärung des Antragstellers, daß er Bestrafung seiner Ehefrau nicht beantrage. Eines solchen Antrages bedurfte es nicht, um die infolge des gestellten Strafantrages durch das Gesetz gebotene Strafverfolgung beider Angeklagten herbeizuführen. Es kommt nicht, wie die Revision vermeint, darauf an, daß der Antragsteller die Bestrafung seiner Ehefrau, sondern nur darauf, daß er die Berfolgung der strafbaren Handlung des Ehebruches beabsichtigt habe.

Die Absicht aber, die Strafverfolgung überhaupt ausgeschlossen zu sehen, falls die Berfolgung auf die angeklagte Ehefrau ausgedehnt werde, kann dem Antragsteller nicht untergelegt werden, da sie nicht von ihm ausgesprochen ist.

Hiernach war die Revision zu verwerfen.